

Elternbeiratssitzung am Montag, den 20. März 2023

Beginn: 16:30 Uhr, Ende: 18:37 Uhr

Anwesend:

BM Harsch, Hauptamtsleiter Hägele, Kämmerin Onorati, Schriftführerin Radschin

Kinderhausleitung Frau C. Bauer und Frau Oberländer

Gemeinderat: Frau Ehrmann, Frau Horn, Herr Glang, Frau Schroff, Herr Östreicher, Frau Pfeiffer

Elternbeirat: Sandra Kleinknecht, Manuela Krammer, Simone Stein, Arina Klewno, Nicole Salih, Adina Bauer, Sibylle Thier, Bettina Bamberger, Carolin Grund, Florian Köhler

Bürgermeister Harsch begrüßt die Anwesenden. Die Verwaltung hat drei Schreiben, von Eltern und Elternbeirat, zu den geplanten Änderungen erhalten. Er schlägt vor, die eingegangenen Fragen zu beantworten.

Elternbeiratsvorsitzende Bauer bedankt sich für die Möglichkeit des offenen Dialogs und teilt mit, dass auch der Elternbeirat für die heutige Besprechung einen Fahrplan und Diskussionsansätze mitgebracht hat (Punkt 1). Das entsprechende Dokument wird an die Anwesenden ausgeteilt. Die Verwaltung bietet dem Elternbeirat an, Ihre Punkte zuerst zu behandeln.

Punkt 2 – Weshalb sinkt der Deckungsgrad im Kindergartenbereich im Vergleich zu den Vorjahren? Frau Bauer hinterfragt, dass dies nicht nur die Personalkosten sein können. Kämmerin Onorati teilt mit, dass der größte Block das Personal ist. Weiter kommen die hohen Kosten, welche durch die Krise entstanden sind dazu. Die Raumkosten steigen, größere Einrichtungen kosten so viel mehr Geld. Die Abschreibungen sind im Verhältnis zu den Personalkosten gering und sind eher untergeordnet. BM Harsch ergänzt, dass in Betreuungseinrichtungen immer die Personalkosten am höchsten sind, der Deckungsgrad sinkt ständig. Herr Hägele gibt die Regenerationstage als weiteren hohen Kostenfaktor an. Inklusive den Umwandlungstagen bedeutet dies, 4 Tage mehr Urlaub im Jahr für jede Erzieherin. Diese müssen von den anderen bzw. zusätzlichen Erzieherinnen abgedeckt werden.

Frau Bauer gibt zu bedenken, dass die geplanten Änderungen gravierende Veränderungen für die Eltern bedeuten, sie nennt u.a. die finanzielle Mehrbelastung. Daher ist es wichtig, andere Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Hägele weist darauf hin, dass nicht nur im Kindergarten Veränderungen geplant sind, sondern auch in anderen Bereichen der öffentlichen Hand, z.B.: Anpassung der Wasserbeiträge. Herr Harsch ergänzt, dass im Wasser- und Abwasserhaushalt die Kosten durch die Gebühreneinnahmen auszugleichen sind, im Gegensatz zum Kindergarten, da hier immer von Seiten der Gemeinde subventioniert werden muss.

Der Elternbeirat moniert, dass dies bereits die zweite Gebührenerhöhung in diesem Jahr ist. Kämmerin Onorati berichtet, dass es in BW üblich ist, die Kosten einmal im Jahr anzupassen. Der zu erwartende empfohlene Erhöhungswert wird voraussichtlich höher sein, als die nun geplante Erhöhung von 3,9 %. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die im Januar 2023 durchgeführte Erhöhung, bereits zum September 2022 hätte erfolgen können. Somit hat die Elternschaft 3 Monate die niedrigen Gebühren bezahlt und eingespart. Herr Harsch nennt für die Verschiebung die hohe Inflation und die hohen Gaspreise, hier ist man der Elternschaft entgegengekommen.

Punkt 3 – Ist die Veränderung des Betreuungsangebotes auch langfristig wirtschaftlich? Gibt es andere Finanzierungsmittel?

Herr Harsch sagt, dass der Kindergarten nie wirtschaftlich sein wird. Frau Bauer berichtet, dass eher die Betreuungsarten strittig sind, als die Gebührenerhöhung. Durch die Verkürzung der Betreuungsarten haben die Eltern weniger Arbeitsmöglichkeiten, was für die Gemeinde weniger Einkommensteuer ergibt. Herr Hägele teilt mit, dass die Kombibetreuung weiterhin genutzt werden kann, nur muss hierfür die Ganztagsbetreuung gebucht werden. Die Kinder müssen nicht an allen Tagen kommen. Frau Bauer sieht hier eine Bezahlung einer Leistung, die nicht genutzt wird, vorliegen und regt an die Kombiplätze zu splitten. Herr Hägele berichtet, dass dies bereits eine Überlegung der Verwaltung war, leider wird von Seiten den KVJS nichts Passendes zugelassen. Sobald ein Kind einen ganzen Tag die Betreuung nutzt, muss für die ganze Woche das Personal vorgehalten werden – egal ob das Kind da ist oder nicht. Es wird verständlich, dass dies schwierig ist. Der Elternbeirat berichtet von Kommunen, in welchen dies möglich ist. Herr Harsch gibt zu bedenken, dass sich dies dann auch in den Gebühren niederschlägt. Teilweise werden die Kindergärten auch von Firmen gesponsert, was in Braunsbach nicht der Fall ist. Herr Hägele weist darauf hin, dass Braunsbach mit eine der ärmsten Kommunen im Landkreis Schwäbisch Hall ist.

Herr Hägele schlägt vor einen gemeinsamen Brief an KVJS zu senden, im welchem auf die Notwendigkeit der Kombibetreuung hingewiesen wird. Ein Entwurf wurde bereits erstellt und wird dem Elternbeirat vorgestellt. Das Schreiben soll in einer Kleingruppe mit dem Elternbeirat und dem Gemeinderat endgültig formuliert und anschließend versandt werden. Das Schreiben wird Frau Bauer, als Vorsitzende des Elternbeirates, zugesandt. Der Elternbeirat schlägt vor, hier auch andere Kommunen mit ins Boot zu holen. Herr Harsch regt an, auch die Sharing-Möglichkeit im Schreiben zu erfragen.

Der FAG-Zuschuss wird thematisiert. Als andere Finanzierungsmittel werden die Gebühreneinnahmen, Steuereinnahmen und Spenden genannt.

Sobald Engpässe in der GT entstehen, kann die Arbeitgeberbescheinigung eingeführt werden. In einem Schreiben der Elternschaft wurde hinterfragt, ob dies rechtlich in Ordnung ist. Leider wurde der Verwaltung hierzu keinerlei weitere Erläuterung gegeben, welche rechtlichen Schwierigkeiten hier gesehen werden. Auf Nachfrage beim Umgang mit Selbstständigen und Personen, die zuhause pflegend tätig sind, weist Herr Hägele auf die Einzelfallentscheidung hin.

4. Vergleich mit anderen Gemeinden. Dies ist aus der öffentlichen Drucksache ersichtlich und wird nicht erneut behandelt.

5. Image der Gemeinde – Zukunftsvision Braunsbach? Herr Harsch sieht den Neubau und die Sanierung des bisherigen Kindergartens sowie das sehr gute Fachpersonal als ein sehr gutes Angebot an. Dies muss als Gegenleistung gesehen werden! Mit den aktuellen Öffnungszeiten laut Satzung liegt Braunsbach an der Spitze. Finanziell ist man nun an Grenzen gekommen, so muss eine Einschränkung in allen Bereichen erfolgen. Kämmerin Onorati merkt an, dass sich die Kosten in allen Bereichen verstärken. Für ein ordentliches Verhältnis müssen die Kosten auch verteilt werden. Hier muss rechtzeitig eingegriffen werden. Die Einnahmesituation muss verbessert werden, sonst bekommt die Gemeinde ein finanzielles Problem.

Der Elternbeirat weist darauf hin, dass die neuen Gebühren erhebliche Mehrkosten einher bringt. Die Gemeinde hat hier eine Verantwortung gegenüber ihren Bürgern. Herr Hägele informiert über

Zuschussmöglichkeiten über das Landratsamt. Hier steht die Verwaltung den Bürgern helfend zur Seite.

Die festen Abholzeiten werden angesprochen. Frau Oberländer berichtet vom Ausgang der erstellten Umfrage: diese ergab, dass die Mehrheit für diese Abholzeiten ist.

Die Verkürzung der Öffnungszeiten wird behandelt. Herr Harsch betont, dass die Betreuungszeiten weit über dem Durchschnitt liegen. Herr Hägele teilt mit, dass eine Bedarfsanalyse durchgeführt wurde. Frau Oberländer berichtet, dass die letzten Kinder bis 16.30 Uhr abgeholt werden. Ein Kind ist teilweise länger da, hierfür kann aber nicht das komplette Personal vorgehalten werden. Auf Nachfrage durch Frau Bauer bestätigt Herr Hägele, dass eine Betriebserlaubnis bis 17 Uhr vorliegt.

Der Elternbeirat geht davon aus, dass wenn sie nicht um einen Gesprächstermin gebeten hätten, die Sache in der Gemeinderatsitzung beschlossen wurde. Der Elternbeirat wurde nur informiert, jetzt Überlegungen zu machen, wäre nun zu spät. Gemeinderätin Ehrmann berichtet von Gesprächen mit Eltern. Sie macht deutlich, dass der Gemeinderat mit dem Elternbeirat ins Gespräch kommen wollte und der Gemeinderat sich vor der Gemeinderatsitzung dafür ausgesprochen hat, dies nicht zu behandeln. Sie gibt aber zu bedenken, dass die Eltern die Mehrkosten mittragen müssen. Sie dankt der Verwaltung für die Verschiebung der Beratung und die Möglichkeit des heutigen Austauschs. Gemeinderätin Schroff ergänzt, dass der Gemeinderat dies nicht einfach durchwinkt – im Rat sind auch betroffene Eltern.

Die kurze Zeit zwischen Information Elternbeirat und Termin Gemeinderatsitzung wird angesprochen. Herr Hägele berichtet, dass die Terminfindung mit dem Elternbeirat schwierig war. Frau Bauer bestätigt dies, sagt aber, dass wenn der Zeitdruck nicht vorhanden gewesen wäre, weniger Emotionen entstanden wären. Herr Harsch verweist darauf, dass immer gesagt wurde, dass man sich auch an den Gemeinderat wenden kann. Er bezieht sich auf die Nachrichten in WhatsApp Gruppen, die im Ton falsch waren und auch von E-Mails. Diese seien teilweise als Hetze einzustufen. Insgesamt waren sich die TeilnehmerInnen einig, dass die Intensität der Reaktionen von betroffenen Eltern in einigen Fällen am guten Ton vorbei gingen. Kinderhausleitung und Elternbeirat erhoffen sich künftig einen offenen, sachlichen und vor allem direkten Dialog zwischen der Elternschaft und der Leitung / dem Elternbeirat.

6. Fachkräftemangel – Frau Bauer stellt fest, dass diese überall fehlen. Sie regt an, dass auch Hilfskräfte voll zum Personal gezählt werden. Der Vorsitzende verweist hier an die Abgeordneten. Die Gemeinde hat keinen Einfluss auf die Personalbemessung. Der Elternbeirat überlegt auch hier ein Schreiben mit anderen Kommunen aufzusetzen. Frau Oberländer sagt, dass hierfür der Anspruch in der Betreuung heruntergefahren werden müsste. Da kann sie nicht mitgehen. Es ist in Ordnung, dass Aushilfen in Krisenseiten aushelfen, aber es ist fraglich dies in dieser Dimension anzugehen. Der Elternbeirat fragt, ob Hilfskräfte in den Randzeiten helfen können, oder für Dinge eingesetzt werden können, die nicht unbedingt eine Fachkraft machen muss. So kann den Fachkräften den Rücken freigehalten werden. Herr Harsch berichtet, dass die Betriebserlaubnis nur mit Fachkräften vorliegt. Frau C. Bauer berichtet, dass die Fachlichkeit vorhanden sein muss. Eine 100% Fachkraft könnte durch 200% ungelernete Personal ersetzt werden. Es stellt sich die Frage ob dies gewollt ist. Herr Hägele gibt die dann noch anfallenden, höheren Personalkosten zu bedenken.

Die Gemeindeverwaltung schlägt vor die Betreuungsart VÖ+ beizubehalten. Dies ist ein Kompromiss, der eingegangen werden kann. Die Betreuung ist von 7-14 Uhr, inkl. Mittagessen.

Herr Harsch betont, dass dies ein Top-Angebot der Gemeinde ist. Frau Oberländer ergänzt, dass bis 7 Stunden kein Mittagessen vorgegeben ist, aber dies wird dennoch gemacht. Sie teilt mit, dass hier die Plätze ebenso limitiert werden müssen.

Derzeit werden 40 Ganztagesplätze angeboten (30 Ü3, 10 U3). Das Essen wird in Schichten eingenommen.

Frau Bauer gibt zu bedenken, dass sich die Kinderzahlen im September ändern werden, da die 8 Giraffenkinder wegfallen.

Die Verwaltung gibt eine Zusammenfassung:

- VÖ+ mit warmen Mittagessen wird beibehalten
- Gemeinsamer Brief an KVJS senden, Verwaltung, Kinderhausleitung, Elternbeirat, Gemeinderat, evtl. mit Nachbarkommunen
- Transparente Bereitstellung von Unterlagen (Sozialamt, www.lrasha.de)
- Früherer Austausch und somit bessere Kommunikation zwischen allen Beteiligten

Frau Bauer fragt, ob es möglich ist die Antwort von KVJS abzuwarten, bevor der Gemeinderat den Beschluss fasst. Herr Hägele teilt mit, dass die Kombibetreuung abgeschafft wird. Sollte KVJS eine neue Betreuungsmöglichkeit anbieten, wird erneut darüber gesprochen.

Frau Bauer erkundigt sich, ob es die Option gibt in U3 die Kombi zu lassen. Sie teilt mit, dass es hier wichtig ist, flexibler zu sein. Frau Oberländer befürchtet Unmut, wenn nur U3 eine Kombibetreuung hat und Ü3 nicht.

Gemeinderat Glang sagt dem Elternbeirat, dass wenn Sie etwas bewegen wollen, können Sie sich an den Landeselternbeirat wenden.

Auf Nachfrage durch Frau Bauer teilt Herr Harsch mit, dass die Eltern vorab informiert werden. Ein Schreiben der Trägerschaft wird erst nach der Gemeinderatsitzung erfolgen.

Das Protokoll der heutigen Sitzung wird an Frau Bauer für Elternschaft und dem Gemeinderat gesendet. Frau Oberländer wird dann das Protokoll über die KinderhausApp verteilen.

Die Verwaltung teilt mit, dass weitere Fragen im Vorfeld der Gemeindeverwaltung zukommen zu lassen sind. An der Gemeinderatsitzung können von Einwohnern keine Fragen zu Punkten auf der Tagesordnung gestellt werden.

Der Elternbeirat fragt, ob ein Beschluss jetzt schon sein muss, oder dies noch etwas rausgezögert werden kann. Frau Onorati sagt, dass die Eltern Zeit brauchen, sich neu zu organisieren und aufzustellen. Das ist auch der Grund weshalb die Änderung so früh kommuniziert wird.

Herr Harsch bedankt sich bei den Anwesenden für den wichtigen Austausch.